

Geschäftsprüfungskommission

Geschäft Nr. 3972A

## **Bericht an den Einwohnerrat betreffend Prüfung der Geschäftsberichte 2010**

vom 1. Juni 2011

---

### **1. Ausgangslage**

Gemäss § 20 Geschäftsreglement des Einwohnerrates hat die Geschäftsprüfungskommission (GPK) die Geschäftsberichte des Gemeinderates sowie die Tätigkeitsberichte<sup>1</sup> der vom Einwohnerrat gewählten Räte und Behörden zu prüfen und Bericht zu erstatten.

### **2. Prüfungsumfang**

Die GPK erfüllt ihren Prüfungsauftrag wie folgt:

- Studium der Geschäftsberichte und ggf. Prüfen einzelner in den Geschäftsberichten genannten Aspekte.
- Prüfen von stichprobenartig ausgewählten Bereichen der Behörden- und Verwaltungstätigkeit, unabhängig davon, ob dieser Bereich in einem Geschäftsbericht erwähnt wird.

Weitere Prüfungen erfolgten im Rahmen der Prüfung der Leistungsberichte, siehe Bericht Nr. 4010

### **3. Ergebnis**

#### **3.1 Geschäftsbericht des Gemeinderates**

##### **3.1.1 Eingeholte Auskünfte**

Zum Geschäftsbericht des Gemeinderates hat die GPK diverse ergänzende Auskünfte eingeholt. Nachfolgend sind ein paar Beispiele dokumentiert, die den Informationsgehalt des Geschäftsberichtes erweitern.

---

<sup>1</sup> nachfolgend ebenfalls Geschäftsberichte genannt.

### 3.1.2 Gemeinderat

S. 15 – Südlandequote – Die GPK hätte sich gewünscht, dass dieser Abschnitt ausführlicher beschrieben worden wäre, da offensichtlich ist, dass diese Zahlen vom EAP künstlich eingehalten worden sind. Das Thema ist für Allschwil sehr wichtig und gehört darum auch zukünftig in den Geschäftsbericht des GR.

**Antwort:** *Hat der GR zur Kenntnis genommen.*

### 3.1.3 Zentrale Dienste – Präsidiales

S. 20 2B – EAP – Konkrete Ergebnisse liegen noch nicht vor. Was ist die Strategie des GR (Vorstösse)?

**Antwort:** *Der GR engagiert sich im FORUM Flughafen nur mit der Region (FORUM, GP Dr. Anton Lauber), in der Fluglärmkommission beider Basel (FLK, GR Robert Vogt), Schutzverband (GR Robert Vogt) und im Gemeindeverbund Flugverkehr (GVF, GP Dr. Anton Lauber).*

*Folgenden Ziele wurden und werden verfolgt:*

- *Ausdehnung der Nachtruhe von 22.00 – 07.00 Uhr, mindestens aber wie in Zürich, d.h. von 23.00 – 06.00 Uhr;*
- *Keine Verdoppelung der Fracht am EAP, vorab Expressfracht;*
- *Abflug der Vollfrachter nach Norden;*
- *Prüfung und Erhöhung der Wirksamkeit des Betriebsreglements am EAP;*
- *Überwachung der Einhaltung der vertraglichen Bestimmungen zum ILS 33.*

*Als Aktivitäten können beispielhaft die folgenden genannt werden:*

- *Lancierung der Petition „Gleiche Nachtflugsperrung in Basel wie in Zürich“ durch das FORUM zusammen mit Schutzverband und dem Gemeindeverbund (rund 8'000 Unterschriften!);*
- *Anhörung vor der Petitionskommission des Landrates BL zur Petition;*
- *Anhörung vor Umweltkommission des Landrates BL zum Bericht der FLK;*
- *Diverse Gespräche des Gemeindeverbundes mit Vertretern im Verwaltungsrat des EAP und dessen Direktor;*
- *Gespräche des Gemeindeverbundes und des Schutzverbandes mit dem Bazl;*
- *Etc.*

*Der Nutzungsanteil des ILS 33 von 9.96% im Jahre 2010 wurde durch den Gemeindeverbund und den Schutzverband beim Bazl in Frage gestellt, vom Bazl aber bestätigt mit der Begründung, der Schutzverband stütze sich auf die Daten der METAR-Berichte (METeorological Aerodrom Report; standardisierte Meldung in Kurzform, welche die Wetterbeobachtung eines Flughafens wiedergibt). Diese Daten würden nur die durchschnittliche Windstärke aller 10 Minuten aufzeigen. Demgegenüber werde das Informatiksystem RAAS am EAP jede Minute aktualisiert, was zu den festgestellten Diskrepanzen führe.*

*Da von Anfang Mai bis Anfang Juni 2011 die Nord-Süd-Piste saniert wird, muss wieder nach dem alten Sichtflugverfahren (MVI) gelandet werden. Für diese Zeit wird das ILS 33 ausgeschaltet bleiben. Der Gemeindeverbund und das FORUM haben daher verlangt, dass die maximal zulässige Quote von 10% ILS 33-Südlandungen pro Jahr entsprechend auf 7,2% ILS 33-Südlandungen pro Jahr reduziert wird.*

*Bezüglich der Wirtschaftlichkeitsstudie des EAP verlangt der Gemeindeverbund vom EAP eine weitere Studie, welche sich umgekehrt die negativen Auswirkungen des Flugverkehrs auf die Anrainergemeinden untersucht und diese quantifiziert (Auswirkungen auf die Gesundheit und die daraus resultierenden medizinischen und volkswirtschaftlichen Kosten, Wegzüge sogenannter guter Steuerzahler, Landentwertungen, Überschreitung von Planungsgrenzwerten, Siedlungsbegrenzungslinien, etc.).*

*Seit der Einführung des ILS 33 profitiert die Gemeinde Allschwil massgeblich von der (neuen) Solidarität zwischen den Mitgliedsgemeinden des Gemeindeverbundes. Die Zusammenarbeit des FORUMS mit dem Schutzverband funktioniert gut (gemeinsame Petition, gemeinsame Anhörungen in den landrätlichen Kommissionen, Koordination der Zielsetzungen). Das Gleiche gilt für die Zusammenarbeit zwischen FORUM und Gemeindeverbund.*

Für weitere Informationen sei auf die Jahresberichte 2010 des FORUMS und des Schutzverbandes verwiesen.

S. 21 – Erhebung der Pendlerströme - Wann kann mit ersten Resultaten gerechnet werden?

**Antwort:** Erste Resultate werden bis Herbst 2011 erwartet.

S. 22 – Metrobasel Leimental Forum – Wann ist das Forum geplant (Datum)?

**Antwort:** Das Metrobasel Leimental FORUM findet am Donnerstag, 18. August 2011 statt.

### 3.1.4 Tiefbau – Umwelt

S. 30 – Die GPK ist der Meinung, dass die Sicherheit im Kreisel Baslerstrasse/ Grabenring nicht verbessert wurde und regt an, dass der GR dies zur Kenntnis nimmt und zusammen mit Fachleuten analysiert und Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit für den Langsamverkehr einleitet.

**Antwort:** Der Gemeinderat ist nach wie vor überzeugt, dass die Sicherheit des Knotens Kreisel Baslerstrasse/Grabenring durch den Bau des Kreisels für alle Verkehrsteilnehmer inklusive des Langsamverkehrs erhöht wurde. Diese Haltung wird auch durch den Entscheid des Kantonsgerichts gegen die Einsprache der Pro Velo gestützt. Es besteht somit keine Notwendigkeit der Einsetzung von Fachleuten.

S. 31 – Monitoring des Verkehrs im Bachgrabengebiet – Um welchen Verkehrsknotenpunkt handelt es sich? Wie wird sich der Handlungsbedarf auswirken? Was hat der GR bereits unternommen?

**Antwort:** Im Rahmen des Monitorings wurde der Verkehr an insgesamt sieben Strassenquerschnitten gezählt: Grabenring auf Höhe Zoll und auf Höhe Bachdüker, Baslerstrasse auf Höhe Baselmattweg, Hegenheimermattweg auf Höhe Coop-Tankstelle und auf Höhe Grenze BS/BL, Hegenheimerstrasse auf und Wasgenring bei Kreuzung Felix-Platter-Spital. Durch die Zunahme des Verkehrs aufgrund der Ansiedlung neuer Arbeitsplätze müssen u.a. einzelne Knoten im Hegenheimermattweg ausgebaut werden. Der Gemeinderat lässt im 2011 ein Vorprojekt über die Umgestaltung des Hegenheimermattwegs erstellen. Im Rahmen dieser Umgestaltung werden neben Kapazitätserhöhungen für den MIV auch Massnahmen für den öffentlichen Verkehr, Veloverkehr und die Fussgänger umgesetzt.

### 3.1.5.Hochbau – Raumplanung

S. 35 – Kindergärten – Wann kann mit dem Bericht „Konzept Kindergärten“ gerechnet werden?

**Antwort:** Im Rahmen des Projektes "Unser neues Schulhaus" hat der Einwohnerrat unter Punkt 2 am 30. März 2011 die Kindergartenstandortstrategie zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zurzeit laufen mit den Grundeigentümerinnen der Überbauungen Sandweg und Ziegeleiareal die ersten Verhandlungen. Dabei wird geprüft, inwieweit die Grundeigentümerinnen diese Kindergärten erstellen und anschliessend an die Gemeinde vermietet; dies als Variante zur eigenen Realisierung. Die Mietvariante liegt in der Kompetenz des Gemeinderates und bindet kein Kapital.

S. 36 – Subventionsgesuche Bauten im Siedlungsgebiet – Ist die Zunahme einmalig oder zeichnet sich allenfalls ein Trend ab? (Entwicklung der Kennzahlen in den letzten Jahren)

**Antwort:** Mit der Rechtskraft des Zonenreglements Siedlung (ZRS) vom 21. Oktober 2008 (RRB Nr.1421) sind in Allschwil ausserhalb des Teilzonenplanes Dorfkern neu zwei Ortsbildschutzzonen im Siedlungsgebiet definiert worden. Mit den erhöhten baulichen Anforderungen werden demnach Beiträge, gemäss den "Richtlinien betreffend Gemeindebeiträge an Bauten im Siedlungsgebiet nach dem Bauinventar des Kantons Basel-Landschaft und Ortsbildschutz Borerhof/Lindenplatz" fällig (§ 36 Abs. 5 ZRS). Sämtliche Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer wurden schriftlich über diesen Sachverhalt informiert.

Die betroffenen Liegenschaften wurden mehrheitlich um 1920 bis 1930 erstellt und weisen demnach einen grossen Sanierungsbedarf an der Gebäudehülle auf. Im Jahr 2009 waren die Auswirkungen des Ortsbildschutzes den Grundeigentümerinnen und den Grundeigentümern wahrscheinlich nicht bewusst, was allenfalls die Anzahl von fünf Subventionsgesuchen (CHF 4'481) erklären könnte. Im Jahr 2010 wurden acht Subventionsgesuche (CHF 36'790) eingereicht. Im laufenden Jahr 2011 sind bis Mitte April vier Subventionsgesuche bei der Gemeinde eingegangen, was darauf schliessen lässt, dass bis Ende 2011 die Anzahl der Gesuche erneut steigen wird. Die Beitragshöhen differieren sehr stark, je nach Eingriffstiefe der zu sanierenden Gebäudeteilen. Auf den ersten Blick scheint sich ein steigender Trend von Subventionsgesuchen abzuzeichnen. Wir gehen davon aus, dass sich die Anzahl der Subventionsgesuche auf zwölf pro Jahr einpendeln wird. Die jährliche Höhe der Subventionszahlungen ist schwer abzuschätzen, da wir keinen Einfluss auf die Eingriffstiefe der Sanierungen an den Gebäuden haben. Dies macht eine fundierte Aussage über die Höhe der jährlichen Subventionszahlungen nicht möglich. Es gilt auch klar festzuhalten, dass die Anzahl der

*Subventionsgesuche keinen Einfluss auf die Höhe der Subventionszahlungen haben. Nach zweieinhalb Jahren Erfahrung seit In-Kraft-Treten der Ortsbildschutzzonen in Allschwil sind Trends schwer abzuschätzen.*

### 3.1.6 Einwohnerdienste – Sicherheit

S. 41 – Handwerkerparkkarte - Das Projekt läuft seit 2009. Wird es je ein „gutes“ Ende finden? Oder, wann realisiert Allschwil (s)eine Lösung?

**Antwort:** *Parkraumbewirtschaftung und damit auch der Teilaspekt Handwerkerparkkarte sind heute eine kommunale Aufgabe. Aus diesem Grund sind in Baselland bisher nur kommunale Einzellösungen entstanden. Wie im Geschäftsbericht ausgeführt, ist GR Thomas Pfaff zuversichtlich, dass für die Handwerkerparkkarte eine kantonale Lösung gefunden wird; hingegen ist noch offen, ob sogar eine einheitliche bikantonale Lösung zusammen mit Basel-Stadt gefunden werden kann. Beide Varianten wären im Vergleich zum Status Quo eine bessere Lösung. Insofern ist "ein gutes Ende" absehbar.*

*Eine Allschwiler Lösung bei der Handwerkerparkkarte, wie von der GPK zur Diskussion gestellt, kann kein Thema sein: Die grosse Mehrheit aller Parkmöglichkeiten in Allschwil sind weisse Parkfelder oder unmarkiert. Gebührenpflichtige Parkplätze hat Allschwil keine und nur circa 100 Parkfelder sind blau markiert. Somit besteht heute gar kein Bedarf nach einer Handwerkerparkkarte für den Allschwiler Bann.*

*Der Status Quo mit den kommunalen Einzellösungen ist eine Schikane und ein unnötiger Bürokratismus für unsere Allschwiler Handwerker bei ihrer Montage- und Servicetätigkeit vor Ort in den entsprechenden Gemeinden. Deshalb ist der Gemeinderat an einer kantonalen Lösung, welche die kommunalen Einzellösungen ablöst, bereits heute interessiert, auch wenn eine Handwerkerparkkarte in Allschwil erst im Rahmen einer zukünftigen Parkraumbewirtschaftung (Projekt 95064, vgl. Geschäftsbericht S. 17) benötigt würde.*

### 3.1.7 Bildung – Erziehung – Kultur

S. 43 – Schülermittagstisch – Im Berichtsjahr wurde ein neuer Rekord erzielt. Wie sehen die Entwicklungszahlen aus (Trend)? Besteht Handlungsbedarf bzgl. Erweiterung des Angebots?

**Antwort:** *Die gegenüber dem Vorjahr insgesamt 550 mehr abgegebenen Mahlzeiten verteilen sich wie folgt: Primarschule: plus 213 Mahlzeiten. Sekundarschule: plus 357 Mahlzeiten.*

*Die maximale Auslastung des Schülermittagstischs liegt bei 30 Kindern pro Tag. Bei einer durchschnittlichen Anzahl Betriebstagen pro Jahr von 150 läge somit die max. Auslastung bei 4'500 Mahlzeiten pro Jahr. Dies ist mit den aktuellen Zahlen (2010: 2'828 Mahlzeiten) noch lange nicht erreicht. Aus diesem Grund ist kein Handlungsbedarf betreffend Erweiterung des Angebots gegeben.*

S. 44 – Die GPK muss feststellen, dass das Museum immer noch spärlich durch die Schulen besucht wird und ermuntert das BEK weiterhin aktives Marketing zu betreiben.

**Antwort:** *Der Betrieb des Museums obliegt der Aufsichtskommission Heimatmuseum. Wie dem Ausblick im GB 2010 entnommen werden kann, sind im Jahr 2011 weitere Aktivitäten vorgesehen, damit die Lehrkräfte der Primarschule Allschwil das Museum vermehrt nutzen.*

### 3.1.8 Soziale Dienste – Gesundheit

S. 49 – AZB – Die GPK zeigt sich einerseits erfreut, dass das AZB bzgl. Qualitätsmanagement sehr gut da steht, sieht darin andererseits aber auch einen Kostentreiber, welches sich zukünftig auch in der Gemeinderechnung niederschlagen könnte. Sie empfiehlt der FiReKo, sich diesem Thema anzunehmen.

**Antwort:** *Das AZB ist grundsätzlich verpflichtet ein Qualitätssicherungssystem gem. Art. 77 Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) umzusetzen. Insbesondere wird dies in der Leistungsvereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde und dem AZB vom 11.12.2008 unter 11.1 Qualitätssicherung festgehalten: „Das AZB verpflichtet sich, Qualitätssicherungssystem gem. Art. 77 KVV einzuführen (Grundangebot und Basisqualität, aktueller 2007: Ausgabe 2006). Das AZ verpflichtet sich, auf eigene Kosten die Vorgaben der Standards Grundangebot und Basisqualität einzuhalten und periodisch extern überprüfen zu lassen....“.*

S. 50 – Tagesmütter – Wiederum wird berichtet, dass zu wenig Tageseltern zur Verfügung stehen (standen). Was tut der GR dafür, dass dieser Umstand behoben wird?

**Antwort:** *Dieses Ungleichgewicht ist eine grundsätzliche Problematik in der Arbeit der Tagesfamilien, die nie vollständig zu beheben sein wird. Sie gründet im verständlichen Anspruch der abgebenden Eltern, für ihre*

*Kinder nicht nur qualitativ sondern auch strukturell (örtlich, räumlich, personell usw.) eine möglichst optimale Betreuung. Die entsprechende Selektion führt dazu, dass die Nachfrage in der Regel höher ist als das „Angebot“.*

*Als Massnahme könnte es Sinn machen, die Nachfrage nach Tagesmüttern / -eltern regelmässig im Allschwiler Wochenblatt zu inserieren.*

S. 50 – Mütter-, Väterberatung – 111 von 192 Eltern (57,8%) nehmen das Angebot wahr. Welche Aussage hat dieser Wert? Gibt es allenfalls einen Vergleich mit anderen Gemeinden, um eine Relevanz herzustellen?

**Antwort:** *Der Verbund Mütter- und Väterberatung Leimental (MVL) weist grundsätzlich eine hohe Beratungsquote auf. Auch im Jahr 2010 konnte dieser Wert in allen Verbundsgemeinden weiter gesteigert werden.*

*Innerhalb des MVL weist die Gemeinde Allschwil eine etwas geringere Beratungsquote auf. Gründe hierfür könnten einerseits an der peripheren Lage der Beratungsstelle, sowie der Wohnbevölkerungsstruktur oder dem städtischen Charakter von Allschwil liegen.*

### 3.1.9 Stellenplan

Die GPK stellt fest, dass 714,5 Stellenprozente nicht besetzt sind. Dies ist und war in den letzten Jahren fast immer so. Die GPK fragt sich, ob dies so als „gut“ erachtet wird?

**Antwort:** *Der aktuelle Soll-Stellenplan ist ca. um die Jahrtausendwende definiert und an der Sitzung des Einwohnerrates vom 20. März 2002 für 24 Monate plafoniert worden. Anschliessend forderte Ornella Schneider (FDP) wiederum eine Verlängerung der damals eingeführten Plafonierung des Personalbestandes um weitere 24 Monate. Diese Motion wurde im Rahmen des Geschäftsberichtes 2005 mit folgenden Wortlauten abgeschrieben: „Die Forderungen dieser Motion fanden ihren Niederschlag in der vom GR erarbeiteten und bis ins Jahr 2010 verbindlich erklärten Finanzstrategien.“*

*In der Entstehung zur neuen Strategischen Entwicklungs- und Massnahmeplanung 2009 – 2014 insbesondere in den Finanzstrategien wurde diese Plafonierung aufgehoben. Allerdings mit dem Auftrag, dass im Zusammenhang mit der Personalbedarfsplanung der Sollstellenplan überprüft und wo notwendig angepasst werden muss. Zudem hat der GR gleichzeitig seine Praxis der 3-monatigen Wartezeit nach einem personellen Wechsel aufgehoben. Jede vakante Stelle wird jedoch überprüft und wo nötig angepasst.*

### 3.1.10 Feststellungen der GPK

Soweit dies die GPK beurteilen kann, reflektiert der Geschäftsbericht des Gemeinderates die tatsächliche Tätigkeit und die relevanten Themen innerhalb des Berichtsjahres.

Alle Kapitel sind bezüglich Inhalt, Umfang und Informationsdichte in einem angemessenen Rahmen.

## 3.2 Geschäftsberichte der anderen Räte und Behörden

Die Geschäftsberichte der anderen Räte und Behörden sind bezüglich Inhalt, Umfang und Informationsdichte in einem angemessenen Rahmen.

Exemplarisch ein paar Fragestellungen und ihre entsprechenden Antworten:

### 3.2.1 Schulräte

S. 61 - Das Thema „Übernahme der Sekundarschulbauten“ wird als schwierig dargestellt. Ist der GR der Ansicht, dass die getroffenen Lösungen (z.B. Hauswarte) zufriedenstellend verlaufen sind bzw. verlaufen werden?

**Antwort:** *Die Verantwortung für die Sekundarschulbauten geht per 1. August 2011 zum Kanton Basel-Landschaft über. Die Gemeinde Allschwil stellt die Hauswartung bis zu diesem Zeitpunkt sicher. Ab diesem Datum ist der Hauswartbetrieb Angelegenheit des Kantons Basel-Landschaft.*

*Die Hauswarte der beiden Schulanlagen Breite und Lettenweg äusserten den Wunsch, bei der Einwohnergemeinde Allschwil als Arbeitsgeberin zu verbleiben. Bedingt durch einen Abgang und eine bevorstehende Pensionierung zweier Hauswarte konnte dieser Wunsch erfüllt werden. Somit werden die Schulhäuser ohne Hauswarte den Besitzer wechseln. Dies wurde dem Kanton Basel-Landschaft bzw. dem kantonalen Hochbauamt als künftiger Eigentümer rechtzeitig mitgeteilt, so dass sie beizeiten entsprechende Personen evaluieren konnte. Die auf den Schulanlagen Lettenweg und Breite beschäftigten Reinigungshilfen*

wurden zwischenzeitlich vom Kanton Basel-Landschaft angestellt und wechseln mit der Übergabe der Gebäude auch den Arbeitgeber.

Aus Sicht des Gemeinderates konnte für die Gemeinde wie auch für den Kanton Basel-Landschaft eine einvernehmliche und gute Lösung gefunden werden.

### 3.2.2 Vormundschaftsbehörde

Alle Jahre wieder....Die Arbeitsauslastung der Behördenmitglieder ist immer noch sehr hoch und scheint sich konstant zu vergrössern. Darum die Frage: Weiss der GR schon, wann (Jahr) nun endlich die Reform umgesetzt wird?

**Antwort:** Als gesichert gilt die Information, dass der Bundesrat entschieden hat, dass das neue Kinder- und Erwachsenenschutzgesetz ab Januar 2013 umgesetzt werden muss. Ab diesem Zeitpunkt müssten die neuen Fachbehörden als Spruchkörper (z.Z. Vormundschaftsbehörden) funktionieren.

Die Kantone sind in der Umsetzung unterschiedlich weit. Der Stand der Umsetzung im Kanton BL ist nicht bekannt und die Gemeinde Allschwil ist an der Entwicklung auch nicht beteiligt.

## 4. Dank

Die GPK dankt den Schulräten, der Sozialhilfebehörde, der Vormundschaftsbehörde, dem Wahlbüro, dem Gemeinderat und der Gemeindeverwaltung für die geleistete Arbeit im Berichtsjahr.

## 5. Anträge

Gestützt auf diesen Bericht werden dem Einwohnerrat folgende Anträge gestellt:

1. Die Geschäftsberichte des Gemeinderates, der Schulräte, der Sozialhilfebehörde, der Vormundschaftsbehörde und des Wahlbüros werden zur Kenntnis genommen.
2. Vom vorliegenden Bericht der GPK betreffend Prüfung der Geschäftsberichte 2010 wird Kenntnis genommen.

Der vorliegende Bericht wurde von der GPK auf dem Korrespondenzweg am 1. Juni 2011 genehmigt.

Allschwil, den 1. Juni 2011

### Geschäftsprüfungskommission

Präsident

Vizepräsident

**Andreas Bammatter**

**Philippe Hofmann**

---

Der Geschäftsprüfungskommission zu diesem Geschäft gehörten ganz oder zeitweise an:  
Ordentliche Mitglieder: Andreas Bammatter, Jean-Claude Bourgnon, Philippe Hofmann, Cedric Roos, Susanne Studer, Rita Urscheler, Ersatzmitglied: Dr. Markus Gruber